

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postlohn 70 Pf., in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postlohn 2 Mk.
Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Die Küche des Reichstags.

In der Beratung der Einzelteile des Reichstags, die nun ihren Anfang genommen werden, auch innere Angelegenheiten des Reichstagshauses, die eine größere Rolle als sonst spielen. Es ist nicht alles auf die beste Weise in der Küche des Reichstags, der sich auf dem Königsplatz vor dem Brandenburger Thor in Berlin erhebt. Sein und Schein stoßen in ihm oft in unangenehme Weise aufeinander. Die prächtige Wandelhalle liegt meist verödet da, und in der Prunkküche mit ihren großen Herden und Vorrichtungen zum Braten am Spieß haben die Köche nichts zu thun. Zwei Wirthe haben bereits in der kurzen Zeit, in der der Reichstag am Königsplatz tagt, ihre Rechnung in dem neuen Hause nicht gefunden, trotzdem an Pacht nichts zu zahlen ist und Heizung, Licht, Mobiliar und Kücheneinrichtung umsonst geliefert werden. Und auch der Dritte, der erst seit wenigen Wochen die Wirtschaft übernommen hat, scheint vor der Unmöglichkeit zu stehen, den Betrieb fortzuführen; denn es taucht bereits der Gedanke auf, aus der Reichstagsküche einen Zubehörsraum zu verpachten der Abgeordneten im Repräsentationsgebäude.

Da die Einführung von halben oder ganzen Freiheiten für Abgeordnete, die das Reichstagshaus schließlich in eine Pensionen umwandeln würden, das Ansehen des Reichstages heben könnte, lassen wir dahingestellt. Es würde auch das Uebel nicht an der Wurzel treffen. Die Wirthe im Reichstagskitchen machen kein Geschäft mehr, seitdem die Nichtbefähigung chronisch geworden ist. Es kam daher mehr darauf an, ein Mittel zu wählen, das auch dem Reichstage wieder einen stärkeren Besuch zuführen könnte. Als ein solches wird auch jetzt unter Hinweis auf die fast durchweg gute Bekanntschaft der Abgeordnetenhaus die Einführung von Tagesgebern in Vorschlag gebracht. Vielleicht würde ein solches sich in der That wirksam erweisen; es muß jedoch bemerkt werden, daß zu Beginn der diesjährigen Session der Reichstag auch trotz des Mangels an Gästen nie ein so tröstliches Aussehen gezeigt hat wie heute zu Tage. Mit dem Aufkommen des Zentrums und der Sozialdemokratie als ausschlaggebender Parteien ist der Verfall des Parlamentarismus in Deutschland gegangen, und seit dieser Zeit datiert das Uebel, unter dem die Beratungen des Reichstages leiden und das auch seine Küchenwirthe vor unmögliche Aufgaben stellt.

Der Fall Dreyfus.

Der von der französischen Regierung noch immer als eine über jeder Gürtung stehende rechtskräftig entschiedene Sache bezeichnet wird, bietet in immer weiteren Kreisen zu Zweifeln Anlaß. Selbst ein so französisches Blatt wie die „Independance belge“ weist an leitender Stelle darauf hin, daß die auf Revision des Dreyfus-Prozesses abzielende Bewegung in Frankreich ein Symptom sei, dem eine auf ihre Würde bedachte Regierung Rechnung tragen müßte. Finden doch die an den Präsidenten der Republik gerichteten Adressen immer zahlreichere Unterfertigungen von Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben Frankreichs eine hervorragende Stellung einnehmen. Auch kann man sich nicht verhehlen, daß die Angelegenheit sich immer mehr zu einem Konflikt zwischen den republikanischen Institutionen der Republik und einem die Grundzüge der Gesellschaft misachtenden Militarismus aufspitzt. Es kam daher auch nicht überraschend, daß frühere Boulangeristen, wie Rochefort, dessen Radikalismus nur vom geschäftlichen Gesichtspunkt beurteilt werden darf, mit der jüngsten Entwicklung durchaus zufrieden sind. Eine Note der „Agence Havas“ lautet:

„Mehrere Blätter fordern den Kriegsminister General Billot auf, die Erklärungen zu veröffentlichen, welche Dreyfus am Tage seiner Degradation dem Hauptmann Lebrun-Renaudt gemacht hat. Durch eine derartige Veröffentlichung würde die Regierung eine abgeurteilte Sache zur Diskussion stellen und es würde scheitern, als ob sie Zweifel in die Autorität einer abgeurteilten Sache lege. Wir glauben übrigens zu wissen, daß die Regierung nicht glaubt, das Recht zu haben, eine derartige Mitteilung zu machen, und zwar aus den gleichen Gründen, aus welchen sie beschlossen hatte, das Kriegsgericht im Jahre 1894 bei verschlossenen Thüren verhandeln zu lassen.“

Das Gerücht von der Abreise Mathieu Dreyfus nach einem nicht genannten Orte bestätigt sich nicht. Mathieu Dreyfus erklärte auf eine Anfrage, er beabsichtige keineswegs Paris zu verlassen, noch seinen Wohnsitz zu verändern. Gestern Nachmittag fanden wieder mehrere Kundgebungen statt, darunter zwei erhebliche in der Rue Montmartre und auf dem Boulevard der Rue Monot, woselbst eine aus Tausenden Studenten und zahlreichen Neugierigen zusammengesetzte Menge „Tod den Juden“ und „Wahrheit auf Zola ausrief“. Die Polizei geriet vor der Menge und nahm sieben Verhaftungen vor. Für die gestern Abend in der Tribüne-Bauhalle beabsichtigte Kundgebung sind strenge Instruktionen gegeben.

Die Zusammenkünfte für Zola mehren sich, die Studentenvereine von Rom, Genoa, Pisa und anderen Städten fanden demselben enthusiastische Depeschen, auch die freisinnige Studentenverbände in Stopenburg, die in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, Zola eine warme Sympathiebekundung wegen seines Auftretens in der Dreyfus-Affäre telegraphisch zu übermitteln.

In Frankreich selbst fehlt es dagegen nicht an Demonstrationen gegen Zola, in Lyon versammelten Studenten vor dem „Journal du Peuple“, welches für Zola Partei genommen hatte, Kundgebungen und zertrümmerten die Fensterheben des Hauses. Das Personal setzte sich zur Wehr; einige Studenten wurden durch Stockschläge und Steinwürfe verwundet. Zu Marfelle riefen Gruppen von Tausenden von Manifestanten vor Geschäftshäusern, die im Besitz von Israeliten sind: „Nieder mit den Juden, Tod den Juden!“ Unter den Fenstern eines von Offizieren bewohnten Hauses wurde gerufen: „Es lebe die Armee!“ Der Straßenverkehr ist unterbrochen.

Paris, 17. Januar. Deputiertenkammer. Cavaignac erklärt, daß er die Regierung über die heutige Note der „Agence Havas“ interpellieren wolle, in der die Veröffentlichung der

Äußerungen des Hauptmanns Dreyfus gegenüber dem Hauptmann Lebrun-Renaudt abgelehnt wird. Ministerpräsident Meline beantragte, die Beratung der Interpellation zu vertagen. Mehrere bittet die Kammer, das Land zu beruhigen, indem sie ihre Arbeiten wieder aufnehme; es sei nötig, daß das Budget bewilligt und die Angelegenheit Dreyfus, deren sich der Parteigeist bemächtigt habe, bei Seite gelassen werde. Der Ministerpräsident Meline fügte noch hinzu, die Politik der Beschwichtigung habe nach innen so wohl wie nach außen sehr gute Erfolge erzielt. Die Regierung fordere von der Klugheit der Kammer, daß sie ein Ende mache mit der übertriebenen Agitation. Meline schloß mit seinen Ausführungen, indem er auf die Ehre der Armee und die Achtung vor dem Richterstand hinwies und das Vertrauen der Kammer forderte. (Beifall.) Cavaignac hielt es für unzulässig, daß der Kriegsminister schweige in dem Augenblicke, in welchem die Armee angegriffen werde. Labertun brachte den Antrag ein, die Beratung der Interpellation Cavaignac um einen Monat zu vertagen. (Heftige Erregung.) Die Vertagung um einen Monat wurde mit 277 gegen 219 Stimmen abgelehnt. Perier de Larosier beantragte, die Besprechung der Interpellation bis nach Erledigung der bereits vorgemerkten Tagesordnungen zu vertagen. Cavaignac bekämpfte die Vertagung und lobte Meline, daß er nicht seine Ansicht auspredige. (Meline rief dazwischen: „Ich will sie nicht auspredigen.“) Cavaignac bestand auf sofortiger Besprechung. Meline schloß sich dem Antrage Perier de Larosier an und wies darauf hin, wie unpolitisch es wäre, eine Agitation weiter zu unterhalten, welche schon so lange gewährt habe. Meline fügte hinzu, sollte die Kammer sich für sofortige Beratung aussprechen, dann würde das Kabinett demissionieren. (Heftige Erregung.) Der Antrag Perier de Larosier wurde hierauf angenommen. Das Haus beschließt hierauf mit 310 gegen 252 Stimmen entsprechend dem Antrage des Ministerpräsidenten.

Aus dem Reich.

Nach besonderen Informationen der Wiener „Correspondance de l'Est“ tritt Kaiser Wilhelm am 15. April von Hamburg aus, wo er sich mit den ältesten beiden Söhnen auf der Kaiseracht einschiffte, seine Ostreise an. Die Rückreise erfolgt Anfangs Juni. Es ist möglich, daß Absterben nach Konstantinopel und Italien gemacht werden. — Prinz Georg von Sachsen, der Bruder des Königs Albert, war an einem Nieren- und Darmkatarrh erkrankt, befindet sich jedoch jetzt auf dem Wege der Besserung. — Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein erschien Sonntag Mittag im Neuen Palais, um die Kaiserin nach längerer Zeit zu begrüßen. Die Kaiserin hatte Kunde von der ihr zugesagten Heilung erhalten und erwartete ihren Bruder am Eingang des Schlosses. — Aus Königsberg wird gemeldet, daß der Oberpräsident Dr. Mauder, der „Königsh. Hart. Ztg.“ zufolge wegen ernstlicher Krankheit mit dem Oberpräsidenten Grafen Wilhelm Bismarck aus der dortigen Regierung ausgeschieden werde. Dieser Entschluß erregte allgemein das tiefste Bedauern. — Der Geheim-Sanitätsrat Dr. Körte in Berlin feierte am Sonntag in benennungswürdiger Mäßigkeit seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß war die ganze weit verzweigte Familie des Jubilars zu ihm vereinigt. Die Kaiserin sandte ihm ihr Bild mit eigenhändiger Unterschrift. Ein Komitee aus Fremdenkreise überbrachte als Grenzgabe die Stiftungsurkunde für ein den Namen Körtes vereinigenes Institut im Elisabeth-Kinderhospital, an dem der Jubilar mehr als 50 Jahre, zuerst als dirigierender Arzt, dann als Vorstandsmittglied gewirkt hat. Im Auftrage des Vereins für innere Medizin überreichte Geh. Rath Becker, an der Spitze einer Deputation die Ehrenmitgliedschaft des Vereins. Geh. Rath Becker, der Vorkämpfer der Kammer, beglückwünschte den Namen der Kammer, der erste Vorkämpfer der Kammer gewesen und ihr bis vor Kurzem angehört hatte. Für den ärztlichen Schwere-Verein erwies Sanitätsrat Dr. Körte mit einer Adresse. Im Namen der Medizinischen Gesellschaft sprach Geh. Rath Birchow, der mit v. Bergmann, Graw, Abraham u. A. zur Geburtsfeier der Gesellschaft erschienen Prof. Diehmann u. A. — Die gestrige zweite Sitzung des Ausschusses für deutsche Nationalitäten beschäftigte sich mit den Satzungen und der Organisation. Die fünfteilige Verhandlung führte zu einstimmigen Beschlüssen. Für die verschiedenen Beratungen wurden acht Abteilungen gebildet. Heute nimmt die technische Abteilung mit ihren fünf Unterabteilungen unter Leitung von Dr. med. Schmidt-Vonn die Verhandlungen auf. — Der Oberbürgermeister Gostner aus Mainz hatte heute eine Unterredung mit dem Kriegsminister in der Frage der Entfestigung von Kassel. — Die nun auch vom Senate genehmigte Lübecker Klassenlotterie soll mit dem 1. April beginnen. Der Reinertrag aus derselben wird auf eine Viertelmillion geschätzt. — Das „Dresdner Journal“ schreibt: „In der Reichstags-Sitzung am 13. d. M. hat nach Ausweis des „Vorwärts“ Nr. 11 der Abgeordnete Bebel gelegentlich der Beratung über die sogen. Lex Heinke bei Besprechung Dresdner Verhältnisse behauptet, im Jahre 1894 hätten die deutschen Klerger bei der Feier ihres Bundesfestes hier in Dresden „in der standhaftesten Weise auf den Straßen, auf den Bahnhöfen mit öffentlichen Dirnen, die extra zu diesem Feste nach Dresden in Schaaren geströmt seien, sich herumtreiben dürfen; da habe die Polizei nichts dagegen!“ Nach den von uns an maßgebender Stelle eingezogenen Erhebungen entsprechen diese Behauptungen durchaus der tatsächlichen Begründung.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. Die Kommission zur Vorberatung des Gesetzes betreffend die Entschädigung der im Wiederbeschaffungsfahren freigesprochenen Personen nahm in ihrer gestrigen Sitzung den § 1 des Gesetzes mit den in voriger Sitzung beschlossenen Änderungen an, deren wichtigste in der Gewährung eines Entschädigungsanspruchs auch für diejenigen Fälle besteht, in denen das Verfahren nicht die Unschuld, wohl aber die Befreiung von der Verurteilung begründenden Verdachtsmomente“ ergibt. Für die zweite Beratung wurde ein Antrag dahin vorberathen, hier zu sagen: wesentliche Verdachtsmomente. Die Paragraphen 2 und 3 gelangten unverändert zur Annahme. — Zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission ist an Stelle des Freiherrn von Güttingen der Graf von Bernstorff-Lanenburg gewählt worden.

— Das Zentrum hat zu der heute in der Kommission des Reichstages beginnenden Beratung der Militär-Strafprozedur bereits ihre ersten Anträge eingebracht, welche dahin gehen, die Personen des Verurteiltenstandes von der Militärgerichtsbarkeit der bürgerlichen Gerichtsbarkeit zu überweisen und auch Personen des Soldatenstandes für die im bürgerlichen Verhältnis begangenen Vergehen vor die ordentlichen Gerichte zu stellen.

— Dem Staatssekretär des Innern Grafen v. Posadowsky widerfährt die Ehre, wegen seines Arbeiterkollisionszirkulars vom sozialdemokratischen „Vorwärts“ auf das heftigste angegriffen zu werden. Für jeden Unbefangenen zeigt die Erregung in den Kreisen des Antisozialdemagogen, daß Graf v. Posadowsky mit seinem bezüglichen Schreiben den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Wenn aber der „Vorwärts“ dem Herrn Staatssekretär und den seinen Standpunkt theilenden Arbeitgebern unterstellt, daß sie für die Arbeiter an die „Ruhe des Friedhofes“ dächten, so genügt zur Charakterisierung dieser Kampfmethode der einfache Hinweis auf die jüngsten sozialdemokratischen Ausschreitungen in Torgelow, deren einem Opfer von Seiten der sozialdemokratischen Streiter im tragischen Sinne des Wortes „die Ruhe des Friedhofes“ bereitet worden ist. Unter solchen Umständen erscheint es als der Gipfel der Feindschaft, wenn der „Vorwärts“ seinem Respektum glauben machen will, daß Entzwei der sozialdemokratischen Bewegung sei etwas anderes, als die brutale rücksichtslose Zertretung jeglicher zukunftsstaatlich nicht approbierten individualistischen Willensregung.

— Während in früherer Zeit bestimmte Verwaltungsgrundsätze in Bezug auf die Förderung von Unternehmungen von mehr lokaler Bedeutung durch Staatsgewährungen nicht bestanden und bald die Bedingung entsprechender finanzieller Beteiligung der Provinzen gestellt, bald von derselben abgesehen worden ist, wird seit längerer Zeit auf Grund staatsministerieller Beschlüsse überall und in allen Ressorts gleichmäßig nach dem Grundsatz verfahren, daß der Staat nur dann finanziell helfend einzutreten hat, wenn die zunächst beteiligten Verbände, insbesondere die Provinzen, durch eine entsprechende Beihilfe die Unternehmungsnotwendigkeit und Unterhaltungsbedürftigkeit der Sache anerkannt haben. Dieser Grundsatz wird auch in dem demnächst dem Landtage vorzulegenden Gesetzentwurf wegen des Nationalitätsrechts für die von Lieberowemünsterbeimgeschaffenen Theile der Provinzen Schlesien und Brandenburg und zwar zum ersten Male in einer Vorlage dieser Art festgelegt worden. Wenn auch der weitest gehende Theil der notwendigen Mittel auf die Staatskasse übernommen werden soll, so werden doch auch die Provinzen einen wenn auch nicht beträchtlichen Bruchtheil dazu beizusteuern haben.

— Zu der durch die Presse gehenden Mitteilung über Äußerungen des Fürsten Bismarck zu dem Großherzog von Weimar und dem Herzog-Regenten von Mecklenburg erklären die „Hamburger Nachrichten“: Die Mitteilung beruht auf Erfindung. Wir zweifeln nicht daran, daß Fürst Bismarck für die Unternehmung sympathisch gesinnt ist, glauben aber nicht, daß er sich für die erwähnten Vorgänge den oben genannten hohen Herren mittheilen.

— Der preussische General z. D. von Hobe nebst Gemahlin ist in Konstantinopel wieder eingetroffen. Es ist, wie die „Moritz. Allg. Ztg.“ schreibt, nicht ausgeschlossen, daß v. Hobe Polka, der in den höchsten Hof- und Hofgesellschaften durchaus heimisch war, dem Bismarck seiner Freunde unter den hohen türkischen Würdenträgern entsprechend, in die Dienste des Sultans, in denen er sich so wohl gefühlt hat, wieder eintritt, um auch nicht als Militärorganisationsrat für die Kavallerie, so doch mit seiner Fortwähre als Oberstleutnant in die Funktionen eines solchen. Man erinnert sich, daß der Sultan Herrn von Hobe seiner Zeit nur mit lebhaftem Bedauern scheiden sah und den Wunsch aussprach, denselben später einmal wiederzusehen.

— Zwischen dem „Norddeutschen Lloyd“ und der „Hamburg-Amerika-Linie“ ist eine Verständigung dahin getroffen worden, daß letztere mit einer Anzahl von Schiffen an den subventionierten Postdampferfahrten nach Ostasien theilhaftig wird. Die Reichsregierung soll dieser Abänderung der Vorlage nicht abgeneigt sein.

— Die Regierung zu Düsseldorf ist mit besonderem Eifer bemüht, die Lehrer vor allzu hohen Gehältern zu bewahren. Der Gemeinderath von Sittum hat jetzt schon das dritte Mal über die Lehrerbesoldungsordnung verathen müssen. Zuerst wurde, wie wir mittheilten, ein Grundgehalt von 1500 Mark festgesetzt, aber von der Regierung abgelehnt. Der Gemeinderath beharrte auf seinem ersten Beschlusse, aber die Regierung lehnte wieder ab. Jetzt ist das Grundgehalt auf 1400 Mark heruntergesetzt worden, aber es ist noch fraglich, ob diese Sätze genehmigt werden. In Altkamern waren 1400 Mark Grundgehalt beschlossen worden, worauf die Regierung jetzt den Gemeinderath angefragt hat, wie die Gemeinde diese Summen aufzubringen gedenke.

— Bei einer Reihe von mittleren und unteren Beamtenklassen der Eisenbahnverwaltung haben sich in den einzelnen Direktionsbezirken die Unzufriedenheiten und Forderungenverhältnisse so verschärft, daß vielfach von der Zersetzungsstelle aus in der einen oder anderen Weise unter Beschränkung der organisationsmäßigen Befugnisse der künftigen Eisenbahndirektionen auf einen Ausgleich mit Bedacht genommen werden müssen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat daher zur dauernden Befriedigung dieser Unzufriedenheiten die Bildung größerer Unzufriedenheitsbezirke für geboten erachtet und bestimmt, daß zu diesem Zwecke je mehrere Eisenbahndirektionen zu einer Gruppe vereinigt, und daß vom 1. wenig Hoffnung, in naher Zeit eine erhebliche

April 1898 ab der Behandlung der Gruppeneinzelheiten bestimmte formulierte Vorschriften zu Grunde gelegt werden. Letzteren zufolge werden sieben Unzufriedenheitsbezirke, bestehend aus je drei Direktionsbezirken, gebildet. In jedem Unzufriedenheitsbezirk hat eine Eisenbahndirektion (geschäftsführende Direktion) für jede Unzufriedenheitsklasse eine gemeinschaftliche Anwaltschaft zu führen, nämlich die Eisenbahndirektion in Berlin (für die Direktionsbezirke: Altona, Berlin, Stettin), Breslau (für Breslau, Ratibow, Posen), Bromberg (für Bromberg, Danzig, Königsberg i. Pr.), Elberfeld (für Köln, Elberfeld, Essen), Halle a. S. (für Erfurt, Halle, Magdeburg), Hannover (für Kassel, Hannover, Münster i. W.) und Mainz (für Frankfurt a. M., Mainz, St. Johann-Saardbrücken). Außerdem hat die Direktion Halle über die Anwaltschaften der Unzufriedenheitsklassen und zum technischen Eisenbahnschriftführer für sämtliche Direktionsbezirke und die Direktion Berlin über die Anwaltschaft für die Stellen der Fahrkartenausgeber und Fahrkartenausgeberinnen gemeinschaftliche Listen zu führen. Vom 1. April d. J. ab werden bis auf Weiteres im Zeichner- und Kanzleibienst nur die etatsmäßigen Stellen erster Klasse wieder besetzt werden, die freierwerbenden Stellen für Zeichner und Kanzlisten dagegen weggelassen. Unter Hinweis auf die bestehende Prüfungsordnung, woraus unabhängig vom Anwaltschaftsdienst, vorzugsweise die Langzeitigkeit und die Dienstführung der Beamten nachgefragt ist, macht der Minister darauf aufmerksam, daß bei Beförderung voranrückender Beamten, wie der Stations- und Güterexpeditionsvorsteher, der Kassendirektoren u. dgl., die hervorragende Befähigung eines Anwalters und seine besondere Verwendbarkeit anzunehmen ist.

Wien, 17. Januar. Der König Milan wurde gestern Mittag in besonderer Audienz vom Kaiser empfangen.

Frankreich. Paris, 16. Januar. In der gestrigen Kammer-Sitzung wurde der Bauminister Turrel über das Eisenbahnbudget interpelliert, das sich in der Grundsatzfrage zwischen Wien und Balence (bei der Bahnstation Bege-de-Moufflon) zutrug. Die Pariser Abgeordneten Georges Berry und Michelien gingen hauptsächlich mit der Pariser-Mittelmeer-Gesellschaft scharf ins Gericht und sprachen den Weidmännern Thesens, auf den die Hauptlast gewälzt worden war, frei, weil der Mann schon fünf Nächte hintereinander gewacht hatte, und man nicht ihn, sondern die Gesellschaft, welche an ihrem Personal spare, um ihren Aktionären größere Dividenden auszahlen zu können, zur Rechenschaft ziehen müsse. Die radikalen Abgeordneten Bourrat und Vercaut sprachen im gleichen Sinne, aber mit einer Pointe gegen den Bauminister, der nichts verstehe und nur darauf bedacht sei, die großen Gesellschaften zu schonen, unbedenklich um die Beschlässe des Parlaments. Vercaut bestonte, das Unglück hätte sich nicht ereignet, wenn man dem Bericht eines Inspektors Beachtung geschenkt hätte, den er selbst am 14. Dezember zur Kenntnis der Kammer brachte. In diesem Bericht wurde die Katastrophe als unvermeidlich prophezeit und dies auf Grund der Theilung eines Schnellzugs in zwei kurz aufeinanderfolgende Züge, die Züge 10 und 20, die in der Nacht vom 24. zum 25. zusammenprallten — der Unzulänglichkeit des Materials und des Personals. Auch wegen der langsamen Hilfe, die den Verwundeten zu Theil wurde, ließen mehrere Mitglieder des Hauses Tadel vernahmen. Der Abgeordnete Masson verforderte, die einfachen Medikamente und Verbandstücke hätten, allen Vorkehrungen zum Trotz, in der Apotheke des Zuges gefehlt. Der Bauminister Turrel suchte die Lyon-Bahngesellschaft in Schutz zu nehmen und die angelegten Gemüther zu beschwichtigen, indem er erklärte, die Abhilfe werde kommen. Es sollen in der Nähe der großen Bahnhöfe und an den Stellen, wo große Linien sich kreuzen, mehr Geleise angelegt und noch im Laufe dieses Jahres 700 neue Waggons mit perfekter technischer Ausstattung in Betrieb gesetzt werden. Die Tagesordnung, durch welche die Interpellation abgelehnt wurde, lautete, die Kammer nehme Akt von den Erklärungen der Regierung und erwarte von ihr, daß sie in mitsamerer Weise über die Sicherheit der Reisenden wache.

Österreich-Ungarn. Wien, 17. Januar. Der König Milan wurde gestern Mittag in besonderer Audienz vom Kaiser empfangen.

Frankreich.

Paris, 16. Januar. In der gestrigen Kammer-Sitzung wurde der Bauminister Turrel über das Eisenbahnbudget interpelliert, das sich in der Grundsatzfrage zwischen Wien und Balence (bei der Bahnstation Bege-de-Moufflon) zutrug. Die Pariser Abgeordneten Georges Berry und Michelien gingen hauptsächlich mit der Pariser-Mittelmeer-Gesellschaft scharf ins Gericht und sprachen den Weidmännern Thesens, auf den die Hauptlast gewälzt worden war, frei, weil der Mann schon fünf Nächte hintereinander gewacht hatte, und man nicht ihn, sondern die Gesellschaft, welche an ihrem Personal spare, um ihren Aktionären größere Dividenden auszahlen zu können, zur Rechenschaft ziehen müsse. Die radikalen Abgeordneten Bourrat und Vercaut sprachen im gleichen Sinne, aber mit einer Pointe gegen den Bauminister, der nichts verstehe und nur darauf bedacht sei, die großen Gesellschaften zu schonen, unbedenklich um die Beschlässe des Parlaments. Vercaut bestonte, das Unglück hätte sich nicht ereignet, wenn man dem Bericht eines Inspektors Beachtung geschenkt hätte, den er selbst am 14. Dezember zur Kenntnis der Kammer brachte. In diesem Bericht wurde die Katastrophe als unvermeidlich prophezeit und dies auf Grund der Theilung eines Schnellzugs in zwei kurz aufeinanderfolgende Züge, die Züge 10 und 20, die in der Nacht vom 24. zum 25. zusammenprallten — der Unzulänglichkeit des Materials und des Personals. Auch wegen der langsamen Hilfe, die den Verwundeten zu Theil wurde, ließen mehrere Mitglieder des Hauses Tadel vernahmen. Der Abgeordnete Masson verforderte, die einfachen Medikamente und Verbandstücke hätten, allen Vorkehrungen zum Trotz, in der Apotheke des Zuges gefehlt. Der Bauminister Turrel suchte die Lyon-Bahngesellschaft in Schutz zu nehmen und die angelegten Gemüther zu beschwichtigen, indem er erklärte, die Abhilfe werde kommen. Es sollen in der Nähe der großen Bahnhöfe und an den Stellen, wo große Linien sich kreuzen, mehr Geleise angelegt und noch im Laufe dieses Jahres 700 neue Waggons mit perfekter technischer Ausstattung in Betrieb gesetzt werden. Die Tagesordnung, durch welche die Interpellation abgelehnt wurde, lautete, die Kammer nehme Akt von den Erklärungen der Regierung und erwarte von ihr, daß sie in mitsamerer Weise über die Sicherheit der Reisenden wache.

Italien.

Rom, 17. Januar. Bei dem heutigen Empfang von etwa 400 römischen Patriarchen in dem Konsistorialsaal hielt der Papst eine Ansprache, in welcher er die Huldigung derselben als Befähigung der mausfälligen Allianz zwischen dem Papstthum und einer Stadt lobte, welche den Charakter eines heiligen Ortes habe. Der Papst wies die Aufzählungen, welche diese Treue als unheilvoll für das Vaterland darstellten, zurück; die Nation werde solange kein Heil haben, als sie dem Einfluß der Sekirer ausgeliefert sei. Schließlich forderte der Papst zur Hebung von frommen Werken und Tugenden auf, welche die beste Bürgschaft des Heils inmitten der schwierigen Zeiten seien. — Das Befinden des Papstes ist ein ausgezeichnetes.

Amica, 17. Januar. Durch ein sozialistisches Manifest war die Bevölkerung aufgefordert worden, gegen eine hier erfolgte Erhöhung der Brodbreize zu protestieren. Heute Vormittag begaben sich etwa hundert Frauen mit ihren Kindern nach dem Rathaus, um eine Herabminderung der Brodbreize zu verlangen. Der Bürgermeister verweigerte, alsbald entsprechende Maßnahmen zu treffen. Inzwischen hatte sich ein großer Haufe Männer dazu gesellt. Einige Kinder warfen Steine gegen die Fenster des Rathauses. Nachdem Polizei den Platz vor dem Rathaus gesäubert hatte, ergoß sich die Menge, von der Polizei verfolgt, in die Straßen und zertrümmerte durch Steinwürfe mehrere Schaufenster; in Folge dessen wurden die Geschäfte geschlossen. Es kam zu Zusammenstößen; einige Beamte der öffentlichen Gewalt und eine Frau wurden verwundet. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Kundgebung wurde fortgesetzt, um die Entlassung der Verhafteten zu erwirken.

Spanien und Portugal.

Die Zustände auf Andalusien sind jetzt wenig Hoffnung, in naher Zeit eine erhebliche

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haackstein & Bogler, G. L. Daube, Javalbendant, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Jiltes, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinrich Eister, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Besserung zu erfahren. Zwar erneuerten in Havanna nach Pariser Meldungen von dort die Anführer der freiwilligen Truppen ihre Zustimmung zu dem geschäftlichen Zustande und boten ihre Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Ordnung an. — Das für notwendig erachtete schärfere Vorgehen gegen die Presse aber scheint eine bedeutende Ausdehnung zu erfahren, da der Direktor des Blattes „Nonconcentrado“ verhaftet wurde.

Die Unsicherheit der Verhältnisse wird auch durch einen Morbdauf auf einen spanischen Beamten beleuchtet. Nach einer ersten Meldung aus Havanna gab dort vorgestern ein gewisser Picon, ohne zu treffen, zwei Revolverkugeln auf den Präfecten der Stadt ab, als dieser mit dem Marfchal Blanco einem Ballspiel beizuwohnen. Marfchal Blanco und sein Adjutant nahmen Picon fest, welchen die Anwesenden lachten wichen. Picon wurde ins Gefängnis gebracht. Es herrscht vollständige Ruhe. — Sehr auffällig ist nun freilich, daß diese Nachricht in einem späteren Telegramm aus Madrid dahin berichtet wird, nach einer neueren Depesche aus Havanna habe der verhaftete Picon in Santa Clara, nicht in Havanna, einen Mordversuch gegen den Präfecten gemacht. Nicht Marfchal Blanco, sondern der kommandierende General in Santa Clara hätte die Verhaftung bewirkt. Vielleicht vertrieben weitere Meldungen das Bild noch weiter, aber nicht in günstigerem Sinne.

England.

London, 17. Januar. Wie das „Reutersche Bureau“ nunmehr aus Peking vom gestern meldet, hielt gestern Abend das Tsungli-Yamen eine Konferenz wegen der vorgeschlagenen britischen Anleihe. Der englische Gesandte forderte für die finanzielle Unterstützung unter anderen Bedingungen auch die Eröffnung von Zollämtern und Räumung als Vertragshäfen. Der russische und der französische Gesandte widersetzten sich den englischen Vorschlägen. Die chinesische Regierung billigt dieselben, fürchtet aber Schwierigkeiten von Ausland. Eine weitere Konferenz findet morgen statt. — Wie demselben Bureau gemeldet wird, ist Chang-Yin-Ham zum Gouverneur von Schantung ernannt worden.

Siberpool, 17. Januar. Das Festessen, welchem Chamberlain präsidiren wird, wird eine große Bedeutung annehmen. Alle sich gegenwärtig in England aufhaltenden Kolonial-Gouverneure, die Abgeordneten der Kolonien und sonstigen Persönlichkeiten, die auf kolonialen Gebiet einen Ruf haben, werden an dem Festessen Theil nehmen.

Russland.

Petersburg, 16. Januar. Durch ein heute veröffentlichtes Gesetz wird die Zollbefreiung der Kreditbills ausgebaut. Ein anderes heute veröffentlichtes Gesetz verlängert bis zum Jahre 1904 die Erlaubnis, aus den Häfen des Schwarzen und des Asowschen Meeres sowie der Ostsee auszuführendes Korn und Mehl in ausländischen Säcken zu verladen, für die kein Zoll zu erheben ist.

Arbeiterbewegung.

— Die Leipziger Bädergesellen rüsten sich zu einem Streik. Sie verlangen von den Meistern Abschaffung der Nacharbeit, 18 Mark Mindestlohn für jüngere, 21 Mark für ältere und 25 Mark für erste Gesellen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 18. Januar. Zur besseren Orientierung der Reisenden auf den Eisenbahnhaltungen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten Folgendes bestimmt: Beim Neu- oder Umbau von Stationsgebäuden ist auf eine solche Anordnung der einzelnen Räume Bedacht zu nehmen, daß der Eintretende die Lage der wichtigsten Räume sofort überblicken kann, und daß auf dem Wege vom Fahrkartenschalter zur Gepäckabfertigung und von da nach dem Bahnhof verlassenden Reisenden vermindert wird. Da gewöhnlich rechts ausgegangen wird, so sind der Fahrkartenschalter und die Gepäckabfertigung vor dem rechten Ende des Stationsraumes anzuordnen. Die Anweisungen zur Bestimmung der für die Reisenden wichtigsten Stationsräume z. sind auf rechtzeitigen, bei Dunkelheit gut beleuchteten Schildern von angemessener Größe in schwarzer Schrift auf weißem Grunde herzustellen; die Aborte sollen durch violettfarbene Scheiben in den Laternen gekennzeichnet werden. Auch muß auf eine reichliche und zweckmäßige Angabe der Stationsnamen besonderer Werth gelegt werden; diese Namen müssen die Reisenden, die seit Einführung der Bahnsteigsperrre mehr als früher auf sich selbst angewiesen sind, vom Zuge aus deutlich erkennen; die an den Längsseiten der Gebäude angebrachten Aufschriften allein genügen nicht, vielmehr müssen an beiden Enden des Bahnsteiges in Augenhöhe der im Zuge stehenden Reisenden zu den Gleisen gerichtete Schilder oder Transparente aufgestellt werden, und außerdem empfiehlt sich die Aufschrift der Stationsnamen auf den Bahnsteiglaternen. In den Wartezimmern soll mindestens eine Tafel mit Angabe der Abfahrtszeiten der Züge (in Roth, Blau oder Schwarz für Schnell- beziehungsweise Personen- oder Lokalfzüge) sowie eine Bahnkarte angebracht werden; für größere Uebergangsstationen sind besondere Vorschriften gegeben. Geschäftsanzeigen dürfen an oder auf den Bahnsteigen nicht angebracht werden, in den Wartezimmern und Zimmern nur insoweit, als dadurch die Aufmerksamkeit von den eisenbahnrechtlichen Anschlägen nicht abgelenkt wird.

— Die „Berl. Korresp.“ schreibt: In mehreren Zeitungen wird eine von der General-Lotteriedirektion betreffs der außeramtlichen Veröffentlichung der Ziehungsresultate der preussischen Klassenlotterie getroffene Anordnung einer abfälligen Beurteilung unterzogen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß zum Unterschied von den amtlichen, auf Grund der Protokolle der Ziehungskommissionen hergestellten Gewinnlisten, welche nach den Bestimmungen des Lotteriegesetzes den Gewinnanspruch der Spieler begründen, und erst nach beendeter Ziehung jeder Klasse einer Lotterie erscheinen, während der Ziehung selbst von zwei Unternehmern, welchen dazu die Aufstellung der

Sofia, 18. Januar. Fürstin Marie Louise ist von einer Tochter glücklich entbunden worden,